

Ich muss an das Gesamte denken

Cem Özdemir, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, über die Politik des Gehörtwerdens, Theorie und Praxis in der Politik sowie unterschiedliche Ampelblinkzeichen

Herr Minister Özdemir, damit sich Landwirte und Landwirtinnen auf die von Ihnen geforderten weitreichenden Veränderungen einlassen, wollen sie wissen, wo die Reise hingeht. Kann Politik den Erwartungen nach Planungssicherheit gerecht werden, wie sie im Zusammenhang mit der Transformation immer wieder gefordert wird?

Dass sich die Landwirtschaft ändern muss, wenn sie auch in Zukunft eine verlässliche Grundlage und die Akzeptanz der Bevölkerung haben will, das ist ja kein neuer Gedanke – und erst recht keiner, auf den die Grünen ein Monopol haben. Das haben schon viele kluge Leute vor mir erkannt und beschrieben. Etwa die Zukunftskommission Landwirtschaft oder die Borchert-Kommission, an denen die organisierte Landwirtschaft genauso beteiligt war wie die Umweltseite, der Verbraucherschutz oder die Wissenschaft. Ich verfolge auch mit großem Interesse den Prozess des Bauernverbandes, der gerade an einem neuen Leitbild arbeitet. Insofern ist die Transformation nichts, was der Landwirtschaft von außen übergestülpt wird – sie ist da selbst mitten drin. Die Ziele des Wandels sind klar: Es geht um mehr Klima-, Umwelt- und Tierschutz sowie den Erhalt der Artenvielfalt. Und es geht natürlich darum, das Höfesterben zu stoppen. Bei all dem sind unsere Bäuerinnen und Bauern Teil der Lösung! Das wir in diesen Feldern handeln müssen, ist seit längerem klar. Jetzt tun wir es.

Niemand wird sich auf grundlegende Veränderungen einlassen, wenn er nicht auf die Entscheidungen der Politik, so es sie denn gibt, vertraut. Wenn Sie die letzten Monate betrachten, war das Erscheinen der Ampel im Bereich der Agrarpolitik geeignet, Vertrauen zu schaffen?

Der Fairness halber muss man sagen, dass der russische Krieg gegen die Ukraine unser Regierungshandeln in den vergangenen Monaten stark bestimmt hat. Das haben nur wenige kommen sehen, wie weit Wladimir Putin und seine autoritären Freunde gehen würden. Aber ich will auch nicht grundsätzlich widersprechen, manches hätte man sich sparen können. Ich hoffe, dass da alle ihren Teil draus gelernt haben. Ich versuche meinen Beitrag zu leisten, indem ich in der Agrarpolitik koalitionsdienlich arbeite. Ich gehe noch einen Schritt weiter, ich möchte wo immer möglich auch die demokratische Opposition mit-

nehmen. Es ist also kein Zufall, dass mich mein erster Hofbesuch zu meinem CDU-Kollegen Herrmann Färber, dem Vorsitzenden des Agrarausschusses, geführt hat, der übrigens einen konventionell wirtschaftenden Hof betreibt. Miteinander reden, sich gegenseitig zuhören, einander verstehen – darauf kommt es an. Ich bin auch im engen Austausch mit Bauernpräsident Joachim Rukwied. Wir reden miteinander und tauschen uns aus. Das gilt auch für andere Vertreterinnen und Vertreter der Landwirtschaft oder des Ernährungsbereichs. Mir ist wichtig, die unterschiedlichen Sichtweisen zu den Themen zu hören und mir ein Bild zu machen. Im Gegenzug möchte ich erklären, warum wir etwas so tun und nicht anders. In Baden-Württemberg nennen wir das „Politik des Gehörtwerdens“. Das versuche ich auch als Bundesagrarminister umzusetzen.

Die Ampel blinkt im Agrarbereich nicht abgestimmt, sondern wild durcheinander, zumindest Grün und Gelb. Das gilt nicht nur für die Finanzierung der Tierhaltung. Andere Stichworte sind Nutzung von Brachflächen, Pflanzenschutz, Umgang mit den BVVG-Flächen. Wächst da nicht zusammen, was nicht zusammengehört?

Politik ist bekanntlich die Kunst des Machbaren. Zur Demokratie gehören der hoffentlich faire Streit und das Ringen um die besten Lösungen. Das haben SPD, Grüne und die FDP in den Koalitionsverhandlungen sehr ausführlich und auch kontrovers getan. Ich gehe davon aus, dass die dort getroffenen Vereinbarungen auch weiterhin gelten. Im Übrigen sind die Ziele Klimaschutz und Biodiversität ja keine grünen Festlegungen, sondern Ziele, die sich die Weltgemeinschaft gesetzt hat und auf deren Umsetzung sich die gesamte Koalition verständigt hat.

Zwei zentrale Aussagen der Zukunftskommission sind, die Transformation ist nicht allein Sache der Bauern, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und es muss sich für die Betriebe rechnen. Gehen Sie mit?

Beides kann ich unterschreiben. Ich habe es nur nicht alleine in der Hand. Aber was ich in der Hand habe, das mache ich, und da gibt es auch kein Verzögern. Das sehen Sie an der staatlichen Tierhaltungskennzeichnung.

Aus den Erkenntnissen der Zukunftskommission geht hervor, dass Transformation nicht umsonst zu haben ist. Gilt das?

Selbstverständlich, das habe ich auch immer gesagt. Wer Veränderung will, muss auch bereit sein, etwas dafür zu tun. Der Erhalt unserer Lebensgrundlagen, also Klima-, Umwelt- und Artenschutz, das wird nicht funktionieren, ohne dass wir etwas ändern. Und je länger wir zögern, desto größer wird die Hypothek, die wir unseren Kindern hinterlassen.

Inzwischen haben sich die Rahmenbedingungen grundlegend verändert. Der Staatshaushalt ist enormen Belastungen ausgesetzt. Das wird sich in den nächsten Jahren vermutlich nicht verbessern, ganz im Gegenteil. Ist die Transformation damit noch zu schultern?

Sie nicht anzugehen, würde uns alle noch viel teurer kommen. Bleiben wir beim Umbau der Tierhaltung. Wo gibt es das denn, dass man für den einen eingesetzten Euro so viel zurückbekommt: Klimaschutz, weil es in den Ställen weniger Tiere gibt; Umweltschutz, weil wir das Nitratproblem lösen; Tierschutz, weil wir die Tiere artgerechter halten; Verbraucherschutz, weil wir die Haltungsbedingungen transparent machen und es den Leuten ermöglichen, durch ihre Kaufentscheidung die von ihnen gewünschte Tierhaltungsform zu unterstützen. Und schließlich bekommen die Landwirte eine echte Perspektive und eine faire Entlohnung – das motiviert auch junge Menschen, den Hof der Eltern zu übernehmen und in die Landwirtschaft einzusteigen.

Soweit die Theorie. In der Praxis fehlt Ihnen die Voraussetzung für all das – eine hinreichende Finanzierung.

In der Politik zählt die Praxis, da haben Sie recht, und zur Praxis gehört, dass wir endlich anfangen mit dem Umbau der Ställe. Das mache ich und dafür habe ich für die nächsten Jahre bereits eine Milliarde vom Finanzminister gesichert und die will ausgegeben werden. Die breite Zustimmung zu meinen Eckpunkten für die gesetzliche Haltungszeichnung sehe ich als Bestätigung. Ich verstehe auch die geäußerte Kritik. Den Einen gehen die Kriterien nicht weit genug, die Anderen bemängeln, dass der Ansatz nicht von Anfang an alle Bereiche einbezieht. Wenn wir aber jetzt nicht endlich anfangen, schließt sich das Zeitfenster. Nichts zu machen, ist für mich keine Alternative, weil es die Tierhaltung in Deutschland infrage stellt – mit allen Konsequenzen für die

heimische Landwirtschaft und die ländlichen Räume. Um das auch klarzustellen: Der Teil der Bevölkerung, der weiterhin Fleisch essen möchte, wird das auch in Zukunft tun. Das Fleisch kommt dann allerdings aus dem Ausland, wo die Tiere bestimmt nicht besser gehalten werden. Ich will weiterhin gutes Fleisch aus Deutschland.

Ohne ein langfristiges Finanzierungskonzept bleibt der Umbau ein Nischenprojekt. Die FDP lehnt eine weitergehende staatliche Finanzierung ab. Was nun?

Die FDP hat immerhin ermöglicht, dass ich für den Anfang eine Milliarde Euro zur Unterstützung von Stallumbauten bekomme. In der Koalitionsvereinbarung steht ganz klar drin, dass der Umbau der Tierhaltung erfolgt. SPD, Grüne und FDP haben damit auch ein Bekenntnis zur Finanzierung abgelegt. Ich bin für jeden Vorschlag offen, der praktikabel ist, kein Bürokratiemonster darstellt und von denen, für die wir es machen, auch angenommen wird. Klar ist: Ohne eine Perspektive, dass sie beim Umbau unterstützt werden, werden die meisten Landwirtinnen und Landwirte das Angebot nicht annehmen können. Die FDP hat ja durchaus auch Anhänger in der Bauernschaft, deren Argumente sollte sie sich genau anhören.

Mit der „Zeitenwende“ ist die Frage der Ernährungssicherung viel stärker als zuvor auf die politische Tagesordnung gekommen. Was bedeutet das für Sie?

Vergessen wir nicht: Der Hunger war schon vor dem schrecklichen Krieg in der Welt. Und Putin verschärft diese Situation und setzt den Hunger gezielt als Waffe ein. Ich habe den Eindruck, dass nun manche die globale Ernährungssicherung für sich als Thema entdeckt haben, aber eigentlich etwas Anderes im Schilde führen. Es ist schon auffällig, wie diejenigen nun dafür als erstes die Axt an den Klima- und Artenschutz legen wollen. Eins ist klar: Wir lösen keine Krise, indem wir andere verschärfen. Hungersnöte erleben wir vor allem dort, wo die Klimakatastrophe heute schon mit aller Gewalt zuschlägt und das Artensterben in vollem Gange ist. Schauen Sie etwa zum Horn von Afrika, wo sich gerade fürchterliche Szenen abspielen. Für mich bedeutet das, dass wir die Krisen gemeinsam lösen müssen. Das Engagement zur Bekämpfung des Hungers hätte ich mir vom einen oder anderen Kollegen aus der Opposition übrigens schon vorher gewünscht – und ich hoffe auch nach dem Krieg in der Ukraine darauf.

Seit dem 8. Dezember 2021 ist Cem Özdemir Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft im Kabinett Scholz. Bei der Bundestagswahl 2021 gewann er für die Grünen mit fast 40 % der Stimmen erstmals das Direktmandat im Wahlkreis Stuttgart I. Nach der Wahl nahm er an den Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, Grünen und FDP teil.

Der gebürtige Schwabe und Sohn türkischer Gastarbeiter gehörte von 1994 bis 2002 dem Bundestag an. Von 2004 bis 2009 war er Abgeordneter des Europaparlaments, von 2008 bis Anfang 2018 Bundesvorsitzender der Grünen. 2013 schaffte Özdemir den Wiedereinzug in den Bundestag. Bei der Bundestagswahl 2017 war der heutige Minister Spitzenkandidat der Grünen. In der vergangenen Legislaturperiode war Özdemir, der dem „Realo-Flügel“ seiner Partei zugezählt wird, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur. Außenpolitik, Wirtschafts- und Verkehrspolitik sowie Integrationspolitik waren bisher die politischen Schwerpunkte Özdemirs. Der Grünen-Politiker zählt zum Kreis der Kandidaten für die Nachfolge des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann.



Foto: Thomas Imo / phototek.net

Sie haben zuletzt Gesprächsbereitschaft zu der Forderung signalisiert, die Verpflichtung zur Stilllegung von 4 % der Ackerflächen im kommenden Jahr auszusetzen. Sind Sie offen für diese Forderung?

Sie können sich sicher sein, dass ich mir jede einzelne Maßnahme ganz pragmatisch anschau, jedes einzelne Korn umdrehe. Was nützt eine Maßnahme, was kostet sie? Deshalb habe ich ja bereits zu Beginn der Krise die ökologischen Vorrangflächen für die Futternutzung freigegeben. Das hat nicht überall für Begeisterungstürme gesorgt, war aber notwendig. Und genauso werde ich weitermachen und in jedem einzelnen Fall pragmatisch entscheiden. Klar ist, die Lösung einer Krise darf die anderen Krisen nicht verschärfen, oder kurz: Das Nutzen-Kosten-Verhältnis muss stimmen. Bei GLÖZ 7 und GLÖZ 8¹ steht die Entscheidung dann an, wenn die Europäische Kommission sich dazu äußert. Schließlich handelt es sich hier ja um europäisches Basisrecht. Da höre ich übrigens unterschiedliche Signale. Was nicht geht, ist, dass wir Flächen, die schon lange Zeit dem Erhalt der Biodiversität dienen, nun doch freigeben. Sich alles anschauen – das erwarte ich übrigens auch von allen anderen, inklusive der Union. Die saß schließlich die letzten 16 Jahre im

Landwirtschaftsministerium und war nebenbei auch an den Gesetzen in Brüssel beteiligt. Wenn sich die Union nun gegen die 4 % stellt, dann stellt sie sich nicht nur gegen Biodiversität, sondern auch gegen ihre eigene Politik. Übrigens: Wenn ich sage, dass wir uns alles anschauen müssen, dann gehört dazu eben auch eine ehrliche Diskussion darüber, wo es noch Potenzial gibt – Stichwort: Anbauflächen für Tierfutter oder Biokraftstoffe. Auch das Thema Flächenversiegelung gehört dann auf die Agenda. Dazu höre ich aber von den Freundinnen und Freunden der Union gerade erstaunlich wenig.

Sind 30 % Ökolandbau angesichts der „Zeitenwende“ noch realistisch?

Klimaschutz und Biodiversität sind Voraussetzungen für Ernährungssicherheit. Deshalb bleibt der Umbau hin zu einer nachhaltigen, zukunftsfesten Landwirtschaft richtig. Der Ökolandbau liefert dafür einen wichtigen Beitrag, weil er mit den natürlichen Ressourcen arbeitet und nicht zuletzt auch die Abhängigkeit von Russland – Stichwort: mineralischer Dünger – reduziert. Wir haben mittlerweile mehr als 36 000 Bio-Höfe in Deutschland. Und ich arbeite dafür, dass es mehr werden. ■ Rainer Münch

¹ Landwirte, die Beihilfen aus der GAP erhalten, müssen u. a. EU-Standards zu einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand von Flächen (GLÖZ) einhalten.